

Ercheinungsweise: 5mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die Zeile 12 Goldpfennige, Familienanzeigen 8 D.-M. Reklamen 50 D.-M. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%.

Mittwoch, den 4. Juni 1924.

Bezugspreis: In der Stadt mit Lieferlohn 45 Goldpfennig wöchentlich. Postbezugspreis 45 Goldpfennig ohne Bestellgeld. — Schluß der Anzeigennahme 8 Uhr vormittags.

## Die alte Reichsregierung neu bestätigt.

### Der Fortbestand der großen Koalition gesichert

Berlin, 3. Juni. (Amtlich.) Der Reichspräsident hat den bisherigen Reichskanzler Dr. Marx in diesem seinem Amt und auf Vorschlag des Reichskanzlers auch die bisherigen Reichsminister in ihren Ämtern neu bestätigt.

Berlin, 3. Juni. (Priv.-Tel.) Wie die Blätter mitteilen, traten nach der neuen Bestätigung des bisherigen Reichskanzlers Dr. Marx und der bisherigen Reichsminister durch den Reichspräsidenten die Mitglieder des Reichskabinetts noch gestern Abend zu einer Besprechung zusammen, die der Formulierung der Regierungserklärung galt. Die Blätter rechnen damit, daß die Regierung heute Nachmittag um 5 Uhr mit dieser Erklärung vor den Reichstag treten kann. An die vom Reichskanzler abgegebene Erklärung werde sich eine Debatte anschließen, in der die drei Regierungsparteien eine gemeinsame kurze Erklärung abgeben dürften.

## Die bisherige Koalition besteht weiter.

Die Verhandlungen mit den Deutschnationalen gescheitert  
Berlin, 4. Juni. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, sind die gestrigen Verhandlungen zur Schaffung eines großen Bürgerbunds schließlich ergebnislos geblieben, weil die Deutschnationalen es für untragbar erklärten, wenn sie nicht nach ihrer Fraktionsstärke bei der Besetzung der Ministerposten berücksichtigt würden und wenn nicht zugleich Sicherungen für die entsprechende Umstellung in Preußen gegeben würden. Schließlich kamen die Demokraten und das Zentrum überein, daß ein weiteres Verhandeln mit den Deutschnationalen als aussichtslos erscheinen müsse. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei entschied sich ebenfalls in diesem Sinne und entschloß sich mit Rücksicht auf die durch die politische und wirtschaftliche Lage gebotene Dringlichkeit, die bisherige Koalition wieder mitzumachen.

## Die Regierungsbildung in Württemberg.

### Wilhelm Bazille zum Staatspräsidenten gewählt.

(S.C.B.) Stuttgart, 3. Juni. Der Landtag trat heute nachmittag bei voll besetzter Tribüne wieder zusammen. Zu Beginn der Sitzung sprach Präsident Körner dem benachbarten historischen Brudervolke die herzlichste Teilnahme zu dem Attentat auf den österreichischen Bundespräsidenten Seipel aus und verband mit dem Abscheu über die ruchlose Tat die Hoffnung auf baldige Wiederherstellung des Schwerverletzten (Bravo). Im Einlauf befanden sich acht Anträge und neun selbständige Anträge, ferner ein Schreiben des Oberreichsanwalts um Genehmigung der Strafverfolgung des kommunistischen Abgeordneten Karl Müller. Sodann erfolgte die Wahl der Ausschüsse, von denen die großen 15, die kleinen 9 Mitglieder umfassen. Ein Antrag der Kommunisten auf Haftentlassung von kommunistischen Abgeordneten wurde dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen. Hierauf schritt man zur

### Wahl des Staatspräsidenten.

Die Wahl erfolgte durch Stimmzettel und war geheim. An der Wahl beteiligten sich 77 Abgeordnete. 44 Stimmen lauteten für Bazille, 1 für Ströbel, 1 für Emilie Hilfer. 31 Zettel waren unbeschrieben. Staatspräsident Bazille nahm die Wahl mit herzlichem Dank an und führte aus, daß sie ihm schwere und ernste Pflichten auferlege, die er indessen mit freiem und weitem Geist ohne Voreingenommenheit erfüllen wolle. Er bat um die Mitarbeit des hohen Hauses und betonte, die Kritik werde für ihn lediglich ein Ansporn sein, alle Kraft einzusetzen im Dienste unseres schwer geprägten Volkes. Hierauf erklärte Präsident Körner, damit sei die Zwischenlösung der Regierungskrisis erledigt. Staatsrat Rau habe sich in vorbildlicher, opferbereiter Weise in den letzten Monaten als Staatspräsident zur Verfügung gestellt und dadurch an der Entspannung der politischen Lage mitgewirkt, wofür ihm das ganze Land Dank schulde. Dem neuen Staatspräsidenten sprach er seine besten Wünsche aus.

Nach halbstündiger Pause nahm Staatspräsident Bazille am Ministertisch Platz, desgleichen die bisherigen Minister Bolz und Beyerle, sowie Dr. Dehlinger (B.P.). Präsident Körner verlas eine Erklärung der Kommunisten, worin gesagt wird, daß sie weiße Stimmzettel abgaben, um zu dokumentieren, daß sie das Amt eines Staatspräsidenten für überflüssig halten und dem neuen Staatspräsidenten mit dem schärfsten Mißtrauen begegnen. Seine monarchistische, arbeitserindliche Auffassung lasse eine Unterdrückung jeder freien Regierung mit allen Mitteln erwachen. Seine Wahl sei der Ausdruck eines Sieges der Reaktion. Sie werde den Gärungsprozeß zwischen Reaktion und Revolution klären und die Weltrevolution fördern. Der Präsident rügte verschiedene Ausdrücke des kommunistischen Schreibens. Staatspräsident

Bazille erwiderte, man müsse die Menschen nach ihren Taten beurteilen. Die Kommunisten hätten mit ihrem Urteil vorgegriffen. Würden sie ihre Ziele mit friedlichen Mitteln verfolgen, so hätten sie auch keinen Anlaß, über Reaktion und Unterdrückung zu klagen.

Staatspräsident Bazille berief hierauf den bisherigen Innenminister Bolz und den bisherigen Justizminister Beyerle wieder, sowie als Finanzminister Dr. Dehlinger (B.P.) und fügte hinzu, daß er selbst das Ministerium des Innern und Schulwesens, sowie das Ministerium der Arbeit und Ernährung übernehme, dessen schrittweise Auflösung vorgeesehen sei.

Seine erste Pflicht sei es, dem bisherigen Staatspräsidenten Rau den Dank auszusprechen. Er verlas hierauf folgende Regierungserklärung:

Die staatlichen und sozialen Umwälzungen, die das Ergebnis des Weltkriegs sind, haben Europa in eine gefährliche Unruhe versetzt. Wie Deutschland bis Kriegsausbruch ein Hort des Friedens für den europäischen Kontinent gewesen war, so hängt auch jetzt die Wiederkehr ruhiger Verhältnisse davon ab, daß Deutschland wieder ein innerlich gefestigter und äußerlich unabhängiger Staat wird. Ein Deutschland, das der Zerstückelung preisgegeben wird, bedeutet die Gefahr einer Ausdehnung des Brandes der Rußland verheert hat, auf Europa. Aus dieser Verbundenheit ihres Schicksals entnehmen auch kleine Staaten Recht und Pflicht zur Mitarbeit an dem Versuche friedlicher Entwirrung der europäischen Probleme. Europa krank an seinen Friedensverträgen. Seine staatlichen, wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse erfordern ihre Erhebung durch gerechte Verträge, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker verbürgen und eine gemeinsame Arbeit aller europäischen Staaten am Wiederaufbau Europa begründen. Die Grundlage des Vertrages von Versailles, dieses gefährlichsten Geschwüres am Körper Europas, ist die Behauptung, Deutschland habe den Weltkrieg in verbrecherischer Absicht herbeigeführt. Seitdem ist durch zahllose Veröffentlichungen nachgewiesen worden, daß Deutschland die behauptete Schuld am Weltkrieg nicht trifft. Immer gebieterischer wird deshalb der Ruf nach einem unparteiischen Urteil. Jetzt, wo die Reparationsverpflichtungen Deutschlands neu geregelt werden sollen, ist gleichzeitig der Zeitpunkt gekommen, um die Grundlage des Vertrages einer unbefangenen Prüfung zu unterziehen. Denn eine neue Feststellung der Verpflichtungen Deutschlands ist nur eine halbe Sache, solange nicht ihre Basis fest gegründet ist. Dies ist aber nur zu erreichen durch das Urteil eines unabhängigen internationalen Gerichtshofes über die Schuld am Kriege. Die Herbeiführung einer solchen Entscheidung entspricht den feierlich kundgegebenen Grundsätzen der Alliierten. Im Eingang der Völkervereinigung ist es als wesentlich für die Zusammenarbeit der Nationen und die Gewährleistung des internationalen Friedens erklärt, daß die internationalen Beziehungen in aller Deffentlichkeit auf Ge-

## Neueste Nachrichten.

Der Reichspräsident hat den Reichskanzler Dr. Marx sowie die bisherigen Reichsminister in ihren Ämtern bestätigt.

Die Regierungsbildung in Württemberg hat gestern stattgefunden. Zum Staatspräsidenten wurde Wilhelm Bazille, zum Finanzminister Dr. Dehlinger gewählt.

Im Reichstag kam es bei der Mitteilung von Waffensunden und aufgedeckten Mordpläne der Kommunisten zu lärmenden Kundgebungen.

Der neugewählte bayrische Landtag hielt gestern seine erste Sitzung ab. Zum Präsidenten wurde der frühere Landtagspräsident Königsbauer mit großer Mehrheit gewählt.

Die französischen Sozialisten haben die Beteiligung an der Regierung abgelehnt, sie haben sich jedoch bereit erklärt, das Kabinett Herriot zu unterstützen.

rechtligkeit und Ehre begründet werden. Tatsächlich jedoch haben sie bisher nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit nicht gehandelt.

In der Ueberzeugung, daß nur ein gerechtes Verfahren die Grundlagen für den europäischen Wiederaufbau schaffen kann, sieht es die wilrtt. Regierung als ihre vornehmste Pflicht an, mit allen Kräften dafür einzutreten, daß das dem deutschen Volke versprochene, aber vorenthalte Selbstbestimmungsrecht verwirklicht und die Frage der Schuld am Kriege einem unabhängigen internationalen Gerichtshof anvertraut wird. Sie wendet sich nicht gegen die Mitarbeit Deutschlands am europäischen Wiederaufbau, sondern lediglich gegen die unwahre Grundlage der Leistungen Deutschlands und gegen ein auf dieser Grundlage gegründetes Uebermaß von Forderungen. Dabei sieht sie das Gutachten der internationalen Sachverständigen als geeigneten Ausgangspunkt für die Feststellung der Leistungen Deutschlands an. Der außerordentliche Ernst der Zeit macht es der Regierung zur Pflicht, daß sie die Erhaltung der Verfassung und die Sicherheit des Landes gegen gewalttätige Aenderungsversuche zu verbürgen vermag. Ein Anlaß zu geschwängiger Aenderung der Verfassung liegt gegenwärtig nicht vor. Die Notwendigkeit, das Gleichgewicht im Staatshaushalt und die Beständigkeit der Währung zu erhalten, zieht dem Wunsch der Regierung, die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zu verbessern, enge Grenzen. Den Schutz und die Förderung der nationalen Arbeit, die Pflege des sozialen Gedankens, die Fürsorge für die Notleidenden erkennt die Regierung nach wie vor als Aufgabe des Staates an. Sie hält es aber für notwendig, in höherem Maße die Verufe für Selbsthilfe heranzuziehen. Die Abhilfe gegen Kreditnot ist die erste Aufgabe, deren Lösung versucht werden muß. In allen Fragen der Geldwertverteilung vertritt die Regierung den Grundsatz von „Treu und Glauben“ und hält infolgedessen eine Abänderung der Aufwertungsbestimmungen der Dritten Steuerordnung für erforderlich. Die wirtschaftliche und die finanzielle Notlage zwingt zu weiterer Vereinfachung der Gesetzgebung und Verwaltung. Die erforderlichen Maßregeln werden beschleunigt durchgeführt oder dem Landtag vorgeschlagen werden. Ob die Verordnung des Staatsministeriums vom 21. März 1924 über die Aufteilung von Oberämtern und die Aufhebung des Landgerichts Hall durchgeführt werden soll, hat nach dem Geheiß vom 5. April 1924 der Landtag zu entscheiden. Die Erhaltung des Berufsbeamtenums und die Sicherstellung seiner rechtlichen, moralischen und materiellen Grundlagen ist eine staatliche Notwendigkeit. Trotz der Notwendigkeit der Zurückführung unseres Lebens auf größte Einfachheit und trotz aller Nöte der Zeit hofft die Regierung, die geistigen und sittlichen Grundlagen unserer Kultur erhalten zu können. Ihre sorgsame Pflege war seit alters her Bedürfnis unseres Volkes. Die Regierung erbittet die Mitarbeit aller Kreise des Volkes an den schweren Aufgaben der Gegenwart. Nur ein einiges Volk kann die Not der Zeit ohne gefährliche Erschütterung überwinden. (Lebhafter Beifall rechts und in der Mitte).

Die nächste Sitzung findet morgen nachmittag 5 Uhr statt mit der Tagesordnung: Große Anfragen, Aenderung der Oberamtsbezirke und Besprechung der Regierungserklärung.





